

Christian Möller: Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2020 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 234), 396 S.

Schadstoffbelastete Luft, verseuchte Gewässer, aufgerissene Landschaften galten in den späten 1980er-Jahren nicht nur als Sinnbilder des DDR-Regimes, sondern geradezu als seine Immanenz. In den Augen der Oppositionellen in der DDR war das ökologische Versagen der SED-Führung ein Posten, der in der Bilanz des Staates besonders stark zu Buche schlug. Doch trotz der Bedeutung, die der Ökologie in den letzten Jahren der DDR zukam, ließ die Erforschung des Umgangs der ostdeutschen Gesellschaft mit der Umwelt lange auf sich warten. Die Deutung, die Umweltzerstörung sei ein zwangsläufiges Resultat des Herrschafts- und Wirtschaftssystems der DDR, beförderte zwar die historische Vermessung des ökologischen Desasters, lud jedoch nicht zu einer umfassenden Analyse der Möglichkeiten und Grenzen ein, unter denen das politische System im Bereich des Umwelthandelns agierte.

Erst die Infragestellung dieser Deutung, so der Historiker Christian Möller in seinem 2020 erschienenen Buch „Umwelt und Herrschaft in der DDR“, würde den Blick auf eine Reihe weiterer Akteure öffnen und den Weg für eine multiperspektivische Synthese bahnen. Ausgehend von der Beobachtung einer Diskrepanz zwischen dem umweltpolitischen Aufbruch der 1960er-Jahre und dem dramatischen Ausmaß der ökologischen Missstände in den 1980er-Jahren, fragt er daher nicht primär nach den Gründen einer verfehlten Umweltpolitik der SED-Führung. Vielmehr geht es ihm darum, durch die Analyse des Umwelthandelns verschiedener Akteure die Chancen und Grenzen gesellschaftlicher Teilhabe in der sozialistischen Diktatur aufzuzeigen. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung verortet er seine Arbeit damit in einem Diskurs, der die DDR nicht als eine Dichotomie zwischen Staat und Bürger, sondern im Sinne der Historikerin Mary Fulbrook als „partizipatorische Diktatur“ liest (S. 24).¹

Dazu fokussiert Möller erstens die „mittlere Ebene“, sprich staatliche Behörden, Parteikontrollorgane, die Organisation des Naturschutzes, die sich seit Beginn der DDR mit Umweltproblemen befassten, wie das Amt für Wasserwirtschaft, Hygieneinspektionen sowie Wissenschafts- und Expertennetzwerke in der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und im Forschungsrat der DDR. Er fragt zweitens nach der Wahrnehmung der Umweltprobleme in der Bevölkerung. Dazu nimmt er vor allem das Eingabewesen der DDR in den Blick. Diese zivilgesellschaftliche Beteiligungsform wurde als möglicher Ersatz für die 1952 abgeschaffte Verwaltungsgerichtsbarkeit diskutiert, jedoch erst als Recht auf Petition durch die Verfassung von 1968 garantiert und durch das Eingabengesetz von 1975 rechtlich geregelt. Die Beschwerdebriefe, so die zentrale These der Arbeit, stellten den Kern der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Umweltfragen in der DDR dar. Die vollständige Institutionalisierung des Eingabewesens fiel mit der Konjunktur des öffentlichen, durch die DDR-Führung selbst geförderten Umweltschutzdiskurses zusammen. Nicht nur, dass sich Petent*innen im Recht wähnten, wenn sie Missstände monierten; das Umweltministerium selbst sollte die Bedeutung der Eingaben gestärkt haben, indem es beispielsweise seine Mitarbeiter*innen anwies, die Petitionen ernst zu nehmen und die Vorgänge umfangreich zu protokollieren.

¹ Möller bezieht sich dabei auf folgende Arbeit: Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR. Darmstadt 2008.

ren (S. 27). Die chronologisch angelegte und in drei Teile gegliederte Studie ist an historische Ereignisse geknüpft, die Möller als wesentliche Wendepunkte der ostdeutschen Umweltgeschichte deutet. Dazu gehören die Gründung des Amtes für Wasserwirtschaft 1952, die mit dem Mauerbau 1961 unterstrichene Konsolidierung der SED-Herrschaft, die Aufnahme des Natur- und Umweltschutzgedankens in Artikel 15 der Verfassung von 1968, die Verabschiedung des Landeskulturgesetzes 1970 sowie die Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MUW) im Jahr 1972 und die ökonomische Krise, die dem so genannten Ölpreisschock von 1973 folgte.

Im Zentrum des ersten Teils stehen behördliche Akteure, die in den 1950er-Jahren, zwar noch relativ unabhängig voneinander, jedoch allesamt um öffentliche Anerkennung bemüht, schädliche Begleiterscheinungen der industriellen Produktion kritisierten. Experten aus den Bereichen Wasserwirtschaft, Hygiene und Naturschutz wiesen auf Rauchschäden in der Landwirtschaft, Emissionen am Arbeitsplatz oder Gewässerverschmutzung in Urlaubsregionen hin und forderten, die Industrie in die Pflicht zu nehmen, technische Lösungen zur Verminderung der Schadstoffableitung einzusetzen. Zu Recht führt Möller an, dass die Umweltbelastung in den 1950er-Jahren enorm war.² Betroffen waren vor allem Gewässer, die alle unter einem starken Nutzungsdruck standen. Das ohnehin knappe Gut Wasser war ein wichtiger technischer Grund- und Hilfsstoff. Angesichts des forcierten Ausbaus der Industrie war die Reinhaltung der Gewässer zweitrangig. Mitte der 1950er-Jahre galt die Elbe bei Dresden als schmutzigster Fluss Deutschlands (S. 43). Zu Beginn der 1950er-Jahre starteten Reinhold Lingner und Frank Erich Carl, beide Landschaftsarchitekten, ein interdisziplinäres Forschungsprojekt mit rund 90 Wissenschaftler*innen, das regionale Umweltschäden kartierte und unter dem Namen „Landschaftsdiagnose der DDR“ in die Geschichte einging (S. 46).³ Die Fachöffentlichkeit kannte die Probleme, die in der Gesellschaft jener Jahre kaum ein Thema waren.

Neben der Erfassung der Schäden drängten Expert*innen aus dem Bereich der Hygiene und Gesundheit auf Maßnahmen, den Ausstoß der industriellen Emissionen zu beschränken. Im Laufe der 1960er-Jahre gelang es, konsensfähige Konzeptionen umzusetzen, wie zum Beispiel die Normierung von Grenzwerten oder die Entwicklung eines Standortgenehmigungsverfahrens. Die Lancierung der Maßnahmen, die dem Stand der internationalen Debatten um technische Umweltmaßnahmen entsprachen, markierten den umweltpolitischen Aufbruch, dessen Hintergründe Möller im zweiten Teil seiner Arbeit untersucht. Der umweltpolitische Aufbruch war Teil einer Politik der DDR, die seit 1967 die von Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED propagierte „wissenschaftlich-technische Revolution“ verfolgte, also einer Politik, die ihre Hoffnung auf den epochalen Wandel in der technologischen Basis des gesellschaftlichen Lebens richtete. Die Umweltbelastung schien mit Investitionen in technische Ausrüstung und Umstellung des Hauptenergieträgers Kohle auf Öl und Gas beherrschbar. Laut Möller war der Glaube an technische Lösungen nicht der einzige Grund für den umweltpolitischen Aufbruch. Er vertritt die These, dass die Partei- und Staatsführung auf die Thematisierung der Umweltprobleme im Rahmen der Eingaben reagierte, indem sie mögliche und

² Vgl. Behrens, Hermann; Hoffmann, Jens (Hgg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 1: Rahmenbedingungen. München 2007, S. 10–13.

³ Zur „Landschaftsdiagnose“ siehe auch Moranda, Scott: The People's Own Landscape. Nature, Tourism, and Dictatorship in East Germany. Ann Arbor 2014, S. 58–59.

vor allem konsensfähige Lösungen der Umweltprobleme förderte. Doch obwohl Möller im ersten Teil vor allem die Akteure aus der Wissenschaft behandelt, diskutiert er im zweiten Teil kaum, wie fest der Glaube an technische, wissenschaftliche Lösungen war und wie sich jene Überzeugungen auf die Kommunikation über Umweltprobleme zwischen den Behörden und den Beschwerde einreichenden Menschen vor Ort auswirkten. Die Einrichtung des Eingabewesens sollte, das sieht Möller richtig, der Stabilisierung des Systems dienen. Dass viele Menschen in den Eingaben Umweltprobleme thematisierten, dürfte genauso ein Beleg dafür sein, dass die Staats- und Parteiführung die Thematisierung nicht als Bedrohung, sondern möglicherweise eher als eine Chance betrachtete, die Überlegenheit des Systems zu demonstrieren. Die Debatte um das 1955 gestartete Atomenergieprogramm erwähnt Möller nicht. Das ist schade, denn so bleibt unklar, welche Rolle der Atomenergie in den Debatten um neue Technologien und den Ausbau der unterschiedlichen Energieträger zukam. Gekrönt wurde der umweltpolitische Aufbruch durch die Vollendung des Institutionalisierungsprozesses der Umweltpolitik, der in der Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MUW) im Jahr 1972 seinen Höhenpunkt erreichte.

Im dritten Teil widmet sich Möller den Ursachen der ökologischen Krise der 1980er-Jahre. Die Ölkrise der 1970er-Jahre schuf Bedingungen, die auch die Wirtschaft der DDR stark belastet hatten. Investitionen in Umweltschutzmaßnahmen oder in die Sanierung von Industrieanlagen wurden immer wieder zugunsten der Förderung der Wirtschaft zurückgestellt. Der Plan der Umstellung von Kohle auf Gas und Öl als Hauptenergieträger wurde fallen gelassen. In Reaktion auf die öffentliche Problematisierung der Umweltzerstörung als ein Produkt des Herrschafts- und Wirtschaftssystems der DDR stufte die Politik problematische Umweltdaten als Geheiminformationen ein und ging in den späten 1980er-Jahren scharf gegen die sich formierende Umweltbewegung vor.⁴

Bei Möllers Buch handelt es sich um seine überarbeitete Dissertation, die von Joachim Radkau betreut und 2018 an der Universität Bielefeld verteidigt wurde. Möller schlägt einen weiten zeitlichen Bogen und schafft ein Mosaik, das aus sehr detailliert ausgeführten Schilderungen besteht und das in seiner Gesamtheit eine schlüssige und überzeugende Interpretation der Rolle des Umwelthandelns in unterschiedlichen Phasen der DDR bietet. Möller schafft es, den Kontext der ostdeutschen Umweltgeschichte zu weiten, indem er Vergleiche mit der Situation in der BRD zieht und die Eingebundenheit der DDR in den Ostblock mit problematisiert. Mit der Auswertung der Beschwerdebriefe bzw. Eingaben zeigt er einen Weg auf, wie sich – hier am Beispiel des Umweltdiskurses – die Vielschichtigkeit der Kommunikation zwischen der Bevölkerung und dem Staatsapparat und somit auch die durch Partizipation vollzogenen Prozesse der Aneignung des Systems veranschaulichen lassen. Neben den Eingaben stützt Christian Möller seine Argumentation auf eine beachtliche Vielzahl weiterer Quellen. Er wertet Stimungsberichte aus der Bevölkerung, die zeitgenössische Presse sowie Überlieferungen des Ministerrats der DDR, einiger Ministerien, der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und vieles mehr aus. Seine Arbeit stellt ohne Zweifel einen wichtigen Ausgangspunkt für weiterführende Fragen an die ostdeutsche Umweltgeschichte dar. Offen bleibt jedoch, wie sich der Ausbau des Braunkohleabbaus – immerhin Verur-

⁴ Vgl. auch Stief, Martin: „Stellt die Bürger ruhig“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle–Bitterfeld (Analysen und Dokumente der BStU, 55), Göttingen 2019.

sacher des größten Umweltproblems, wie Möller selbst schreibt – in die Umweltgeschichte der DDR einfügt. Möller geht weder auf den Braunkohletagebau ein, noch erklärt er diese Auslassung, für die es möglicherweise konzeptionelle Gründe gab. Somit fällt jedoch ein wesentlicher Aspekt ostdeutscher Umweltgeschichte unter den Tisch: die Situation der sorbischen Bevölkerung in den Lausitzen, deren Siedlungsgebiete dem Ausbau des Tagebaus zum Opfer fielen und deren Eliten (vor allem Kunstschaaffende) die Zerstörung seit den 1970er-Jahren öffentlich problematisierten.

Möller hat ein umfangreiches und detailreiches Buch vorgelegt. Das Lesen wird durch die Dichte der Details etwas erschwert. Kritisch ist ebenfalls die Fülle an redaktionellen Fehlern zu erwähnen: neben unzähligen Tippfehlern, die sogar in einem Untertitel auftauchen (3.4.) ist es das Fehlen von Abkürzungen im Abkürzungsverzeichnis oder von Personennamen im Personenregister (Günter Mittag), die die Lektüre und die Orientierung im Buch erschweren. Diese Kritik schmälert jedoch keinesfalls den Gewinn, den diese Arbeit für die Umweltgeschichte und zugleich für die Kontextualisierung von DDR-Geschichte bedeutet.

Jana Piňosová

Martin, Jens; Krausch, Heinz-Dieter: Slownik dolnoserbskich zelowych, gribowych a lišawowych mjenjow. Wörterbuch der niedersorbischen/wendischen Pflanzen-, Pilz- und Flechtennamen [2., póľpšony a rozšyrjony nakład]. Rangsdorf: Natur+Text 2020, 440 b.

W lěse 2020 jo wujšel w nakładnistwje Natur+Text drugi nakład wósebnego, za sorabistiku we wšakich kontekstach zajmneho słownika. Wón se pšiwobrošijo dolnoserbiskim mjenjam zelow, gribow a lišawow. Awtora teje specielneje pširucnice stej Jens Martin a Heinz-Dieter Krausch († 2020). Wónej stej znosylej mjenja a mjenjowe warianty za wěcej ako 500 družynow tych žywych byšow. W pširowanju z přědnym wudašim z lěta 2012, kótarež jo měło 352 bokow, jo druge ze swójimi 440 bokami bejnje rozšyrjone. Radny pšibytk rezultěrujo głownje z togo, až su se dodali mjenja dotychměst njewobglědowanych družynow. Teke južo w přědnem nakłaze zastupjone družyny su se dopoľnili wo něga njeregistrěrowane mjenja a warianty. Zakład za to su byli ekstensiwne terenowe slěženja awtorowu, w slědnych lětach wósebnje Jensa Martina. Z nimi jo se zdokumentěrował markantny žěl serbskego (dialektalnego) słownistwa a zrownju etnobotaniske wěženje slědneje generacije maminorěcnych Dolnoserbow.

Knigły su multilingualne, systematiski wustupuju w nich łatyńščina, nimščina a dolnoserbščina, změstymi gónoserbščina. Zajmny za sorabistow a powšyknje za luži, ako wo serbskich temach publicěruju, jo inowatiwny pšistup glědajucej na nimsko-serbsku dwójorěčnosť. Edicija se měri na pó móžności šyroku celowu kupku cytarjow, wópowědnje tomu jo głowna rěc wopisowanja nimščina. Nadpise a title kolumnow pak su generelnje serbske a nimske, pši comž jo serbščina na subtilnu wašnju, mimo wósebnego grafiskego wuzwignjenja, wěcej widobna. Wušej togo pódawaju se w słownikowem žělu jano serbske wejsańske/měsćańske mjenja, jich nimske wópowědniki su na kóncu knigłow z pomocu registra kuždemu pšistupne. Struktura jednotliwych artiklow docynijo to swójo: Pak raz mógało se cytarjeju zdaš, až žarży serbski spis w rukoma. Leksikon wóstanjo weto za luže mimo znašow serbščiny poľnje funkcionalabelny. Pórucyjom potencilnym awtoram a zagronitym wugótowarjam publikacijow ze serbskeju temati-